



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik



Voices of Central and Eastern Europe

Länderbericht Österreich



Paul Schmidt,
Stefan Schaller,
Susan Milford - Faber



Einleitung

Die vergangenen Jahre waren auf europäischer Ebene geprägt von tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen und aufeinanderfolgenden, teils sich überschneidenden Krisenszenarien. Finanz- und Wirtschaftskrise, der Umgang mit Flucht- und Migrationsbewegungen sowie die aktuell alles beherrschende Covid-19-Pandemie machen die tiefe globale Vernetzung, aber auch die Verletzlichkeit von Gesellschaften deutlich. Globalisierung, Digitalisierung und eine allumfassende Informationsgesellschaft bedeuten auch eine ständige Herausforderung, der sich der oder die Einzelne stellen muss.

Diese gravierenden Umbrüche stellen im besonderen Maße offene, liberale demokratische Gesellschaften auf die Probe. Fragen nach oder betreffend Identität und (traditionellen) Werten werden lauter, viele sehen diese bedroht. Sorgen, die von politischen Kräften verstärkt werden, die eine Rückkehr zum Nationalstaat forcieren und Gegenmodelle zum liberaldemokratischen System in den Raum stellen.

Mittel- und Osteuropa ist von diesen Tendenzen in besonderem Maße betroffen. Und auch in Österreich fanden sie – etwa durch das zeitweise Erstarren der

Freiheitlichen Partei bis Mitte 2019 – eine einflussreiche Vertretung.

Eine breit angelegte Untersuchung des slowakischen Think Tanks GLOBSEC (www.globsec.org) gibt einen umfassenden Einblick, wie die Bevölkerung in zehn mittel- und osteuropäischen Ländern mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden ist, wie sehr politischen AkteurInnen und Medien vertraut, wer als Bedrohung für Werte und Identität angesehen und welchen politischen Erzählungen und (Verschwörungs-)Theorien Glauben geschenkt wird.

Im Rahmen des Projekts, an dem die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) als österreichischer Partner beteiligt war, wurde das Meinungsbild in Österreich, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakei, Tschechien und Ungarn erhoben. Die Umfragen wurden im März 2020 in den Ländern durchgeführt und umfassten ein Sample von jeweils 1.000 bis 1.047 Befragten (Computer assisted personal interviewing (CAPI) oder computer-assisted telephone interviewing (CATI), repräsentativ für die jeweilige Bevölkerung (Gewichtung nach Geschlecht, Alter, Bildung, Wohnort und -größe).

Eine ausführliche vergleichende Analyse der Länderergebnisse enthält der GLOBSEC Report **“Voices of Central Europe: Perceptions of democracy and governance in 10 EU countries“**.¹

Die Hauptergebnisse der österreichischen Befragung werden im Folgenden kurz dargestellt.²

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich in Österreich eine stabile, liberale Demokratie, dominiert über Jahrzehnte von zwei großen politischen Parteien, der konservativen Volkspartei und den Sozialdemokraten. In den späten 1980ern begannen sich jedoch bisher traditionelle Strukturen aufzulösen, die politische Debatte veränderte sich. ProtestwählerInnen und Gesellschaftsgruppen, die sich abgehängt und in ihrer Identität bedroht fühlten, fanden u. a. in der rechtsgerichteten Freiheitlichen Partei eine neue Heimat.

Heute ist die liberale Demokratie – im länderübergreifenden Vergleich – weiterhin fest in der österreichischen Bevölkerung verwurzelt, dennoch sind einige Warnsignale zu beachten.

¹ <https://www.globsec.org/publications/voices-of-central-and-eastern-europe/>

² Die Umfragen in den einzelnen Ländern wurden von FOCUS, s.r.o. koordiniert.

Trends / Hauptergebnisse

- 1 Hohe Unterstützung für ein liberales demokratisches System, doch nüchterne Betrachtung des politischen Alltags
- 2 Medienlandschaft wird als weitgehend frei eingeschätzt, Vertrauen dennoch mäßig
- 3 Migration und Islam Reizthemen für Gesellschafts- und Wertediskurs
- 4 Verhältnis zur Europäischen Union weiter ambivalent
- 5 Desinformation und Verschwörungstheorien finden in bestimmten Bevölkerungsgruppen ihr Publikum

Zufriedenheit mit der Demokratie

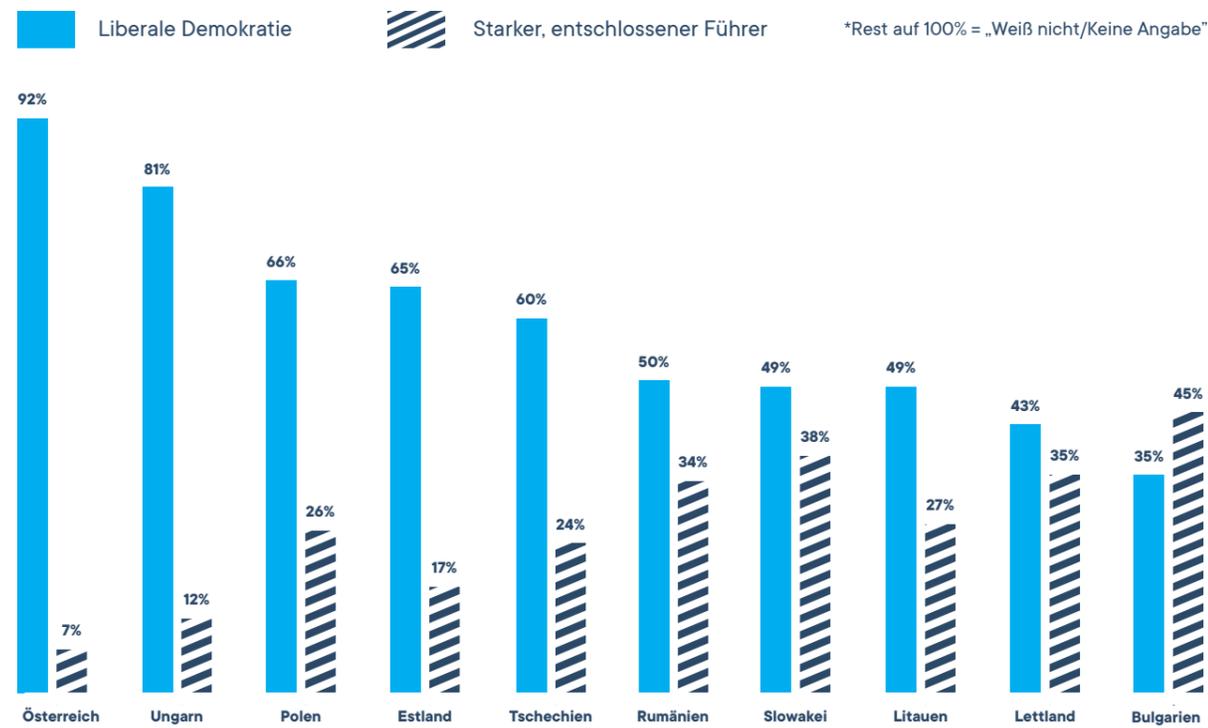
Eine klare Mehrheit der ÖsterreicherInnen (92 Prozent) spricht sich für eine „**liberale Demokratie mit regelmäßigen Wahlen und einem Mehrparteiensystem**“ aus. 7 Prozent würden dagegen für einen „**starken und**

entschlossenen Führer“ plädieren, „der sich nicht um das Parlament oder Wahlen kümmern muss“. Die Unterstützung für ein liberales demokratisches System findet sich in praktisch allen Bevölkerungsgruppen.

Befragte mit niedrigerem formalem Bildungsgrad und in ländlichen Regionen sind die einzigen Gruppen, die sich in etwas stärkerem Ausmaß für einen „starken Führer“ aussprechen (rund 10 Prozent).

Im 10-Länder-Vergleich sind die ÖsterreicherInnen damit die stärksten BefürworterInnen des liberalen demokratischen Systems.

Liberaler Demokratie oder starker, entschlossener Führer?

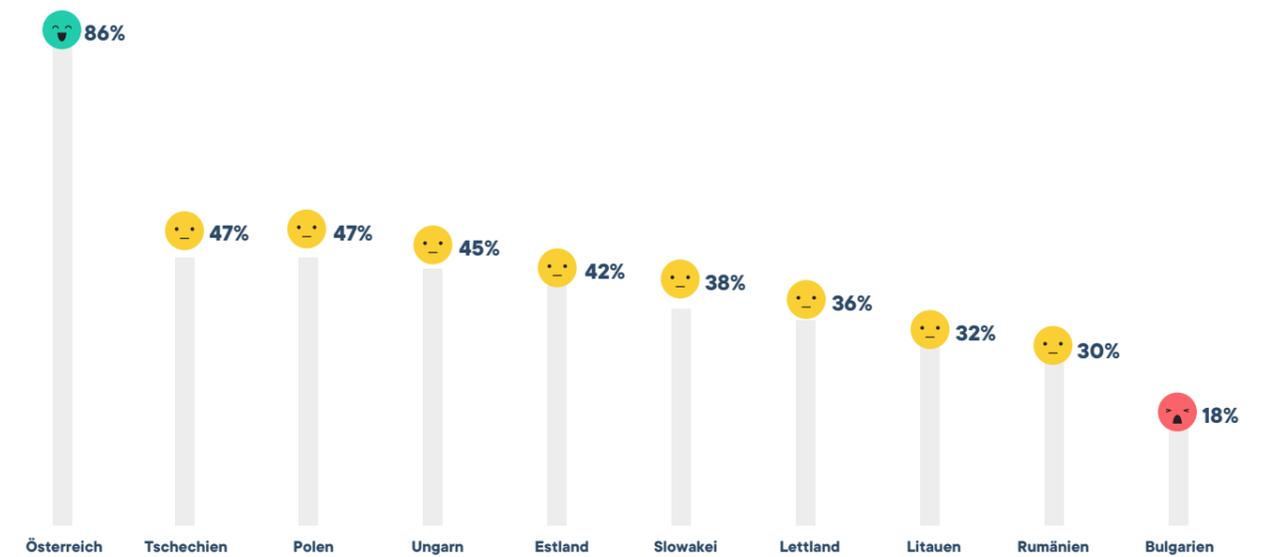


Die Zufriedenheit mit der Art, wie die Demokratie in Österreich funktioniert, ist hoch: 86 Prozent zeigen sich „sehr zufrieden“ (35 Prozent), 51 Prozent „eher“. Lediglich 13 Prozent sind „eher nicht“ oder „gar nicht“ zufrieden (12 Prozent bzw. 1 Prozent).

Die Demokratie-Zufriedenheit in den anderen Befragungsländern ist deutlich geringer und liegt zwischen 47 Prozent in Tschechien und Polen und 18 Prozent in Bulgarien.

Zufriedenheit, wie Demokratie im eigenen Land funktioniert

* „sehr/eher zufrieden“ ** Rest auf 100% = „Weiß nicht/Keine Angabe“



Warum ist die Unterstützung für die Demokratie in Österreich hoch?

Die Demokratie wird in praktisch allen Bevölkerungsgruppen hoch geschätzt. Dies gründet sich auf die historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts und die Wahrnehmung Österreichs als stabiles, sicheres, sozial und wirtschaftlich starkes Land mit einem allgemein hohen Lebensstandard, einer verlässlichen öffentlichen Verwaltung, Interessensausgleich und einer starken Sozialpartnerschaft.

Bis in die späten 1980er Jahre war die politische Bühne von der Dominanz von Sozialdemokraten und Volkspartei geprägt, die früher bis zu 90 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnten, was letztlich zu starren politischen Strukturen führte. Durch den Aufstieg der Freiheitlichen Partei (FPÖ) und neue politische Gruppierungen wie die Grünen oder die liberalen NEOS kam es zu einer stärkeren Diversifizierung und Weiterentwicklung der demokratischen Landschaft.

Neben Malta ist Österreich das einzige Land in der EU, in dem 16-Jährige wahlberechtigt sind. In den letzten Jahren wurden, vor allem von Seiten der FPÖ, Rufe nach mehr direktdemokratischer Mitbestimmung laut, da auf diese Weise die Interessen des

„Volkes“ besser repräsentiert werden würden. ParlamentarierInnen würden dagegen allzu oft die Interessen der „Eliten“ vertreten.³ Auch ein „illiberales demokratisches System“, wie es zurzeit in Ungarn propagiert wird, wurde bereits von FPÖ-RepräsentantInnen als nachahmenswertes Beispiel ins Treffen geführt. Dennoch will die große Mehrheit der ÖsterreicherInnen keine Abkehr vom traditionellen politischen System, auch wenn die Unzufriedenheit mit der Tagespolitik oft groß ist.

Insgesamt stimmen 43 Prozent der Befragten der Aussage „**Wer die Macht in der Regierung hat, spielt keine Rolle, es wird sich nichts ändern**“ „sehr“ (15 Prozent) oder „eher“ (28 Prozent) zu.

84 Prozent glauben, dass „**Wirtschaftsmagnaten und Finanzgruppen einen starken Einfluss auf die Regierung ausüben**“ („eher“: 49 Prozent | „sehr“: 35 Prozent).

95 Prozent sind der Ansicht, dass **Menschen mit Kontakt zu politischen EntscheidungsträgerInnen in unserer Gesellschaft bevorzugt** werden, 80 Prozent sagen, dass dies auf **Gutverdienende** zutrifft.

Die Zahl jener, die den **politischen Parteien vertrauen** (50 Prozent), ist etwas höher als jene, die ihnen ihr Misstrauen aussprechen (43 Prozent).

³ <https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/23745118.2019.1632577>

Befragte in Bulgarien (59 Prozent) und der Slowakei (56 Prozent) meinen am ehesten, dass es ohne Belang ist, welche Partei gerade in der Regierung vertreten ist, jene in Polen sind mit 31 Prozent am seltensten dieser Ansicht.

Nur in der Slowakei sind etwas mehr Menschen als in Österreich der Meinung, dass Wirtschaftsmagnaten und Finanzgruppen einen starken Einfluss auf die Regierung ausüben (85 Prozent). Am schwächsten ist diese Meinung in Ungarn ausgeprägt (39 Prozent).

Unabhängigkeit der Medien

Acht von zehn Befragten sind der Ansicht, dass „die gängigen Massenmedien“ in Österreich „völlig“ (18 Prozent) oder „eher“ (62 Prozent) **frei** sind. 17 Prozent sind skeptisch und halten die heimische Medienlandschaft nicht für frei.

Die Freiheit der Presse ist in Österreich im internationalen Vergleich traditionell hoch. In den letzten Jahren ist hierbei jedoch ein stetiger Rückgang zu bemerken, wie das jährliche Ranking von Reporter ohne Grenzen zeigt.⁴ Seit 2018 hat Österreich sieben Plätze eingebüßt und liegt nun auf Rang 18.

Gefragt, welche AkteurInnen den stärksten Einfluss auf die heimischen Medien ausüben, nennen – bei vorgegebenen Antwortmöglichkeiten – 57 Prozent „Wirtschaftsmagnaten und starke Finanzgruppen“, 47 Prozent antworten „die Regierung“. In der Gruppe jener, die die heimische Medienlandschaft nur für teilweise frei bzw. gar nicht frei halten, sind diese Werte deutlich höher: 72 Prozent sehen Einfluss von Wirtschaftsmagnaten und Finanzgruppen, 60 Prozent jenen der Regierung. Andere

potentielle EinflussgeberInnen wie die Kirche, NGOs, die USA, Russland oder „einflussreiche Gruppen aus dem Ausland“ werden ungleich seltener angeführt.

Generell genießen die Medien vergleichsweise geringes Vertrauen. Insgesamt 45 Prozent der Befragten geben an, den „gängigen Massenmedien“ „sehr“ (6 Prozent) bzw. „eher“ (39 Prozent) zu vertrauen. Eine Mehrheit von 51 Prozent misstraut ihnen jedoch („eher“: 42 Prozent | „sehr“ (9 Prozent).

Die spezielle Rolle der Boulevard-Medien in Österreich

Der österreichische Printmedienmarkt zählt zu jenen mit der höchsten Medienkonzentration in Europa. Die täglich erscheinende *Kronen Zeitung* hat – gemäß der Österreichischen Media-Analyse 2019⁵ – eine Reichweite von 27,2 Prozent, gefolgt von der Gratiszeitung HEUTE (12,2 Prozent) und ÖSTERREICH, das in einer Kauf- und Gratisversion erscheint,

mit knapp 10 Prozent. Gemein ist ihnen, dass alle drei im (Teil-)Besitz heimischer Medientycoons sind – ein Phänomen, das bereits Gegenstand breiter öffentlicher Diskussion und Medienforschung war.

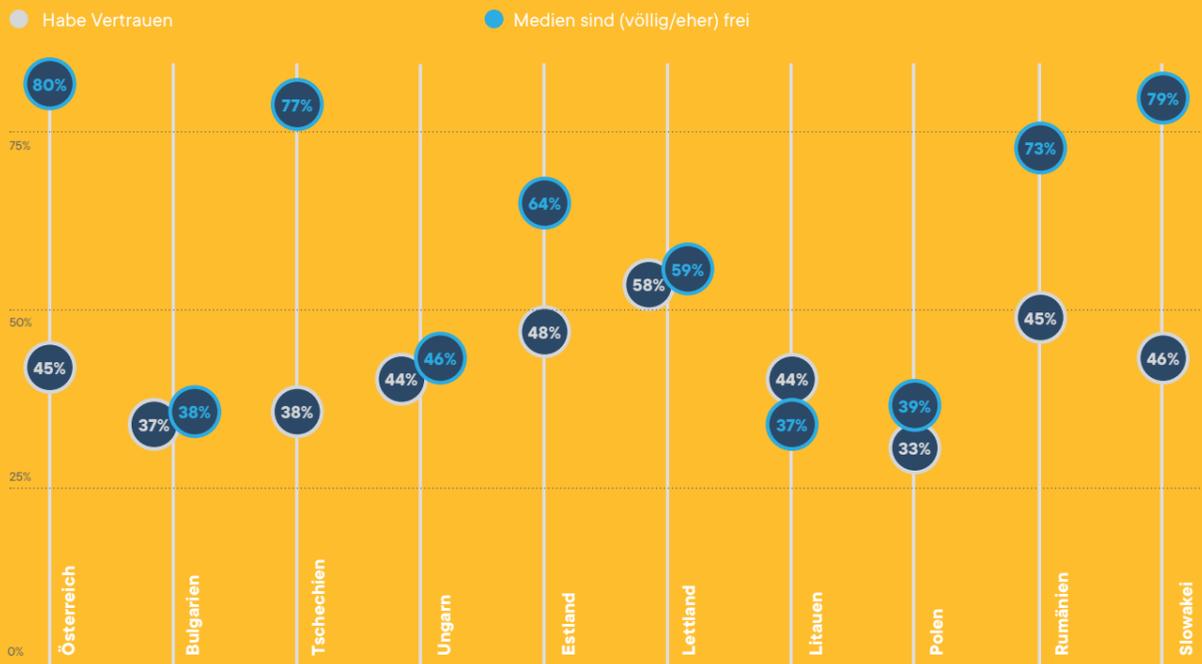
Die heimische Medienkonzentration wird zusätzlich durch den Einfluss großer Verlagshäuser (etwa des Styria Verlags) oder Großunternehmen (Raiffeisen im Fall der Tageszeitung KURIER) verschärft, die an Tages- und Wochenzeitungen sowie Monatsmagazinen beteiligt sind.

Das Verhältnis von Politik und Boulevardmedien zeichnet sich durch eine besondere Beziehung aus: So werden letztere häufig mit Regierungsanzeigen bedacht, in der Hoffnung auf wohlwollende Berichterstattung und der gleichzeitigen Sorge, Opfer einer negativen Medienkampagne zu werden, sollten Anzeigengelder ausbleiben. Kritischen Medien dagegen wird diese Form der Zuwendung deutlich seltener zuteil.

⁴ <http://www.rog.at/press-freedom-index/>
⁵ <https://media-analyse.at/table/3349>

„Das Verhältnis von Politik und Boulevardmedien zeichnet sich in Österreich durch eine besondere Beziehung aus.“

Einschätzung der Medienlandschaft



Werte und Identität

In einer zunehmend globalisierten Welt gewinnen Fragen von Identität und Werten an Bedeutung. Manche sehen diese durch aktuelle Krisenszenarien und die Veränderung traditioneller Gesellschaftsmuster bedroht.

Wahrnehmung von MigrantInnen

42 Prozent der ÖsterreicherInnen sind davon überzeugt, dass **MigrantInnen** für die heimischen Werte und Identität eine Gefahr darstellen. 53 Prozent sind nicht dieser Ansicht.

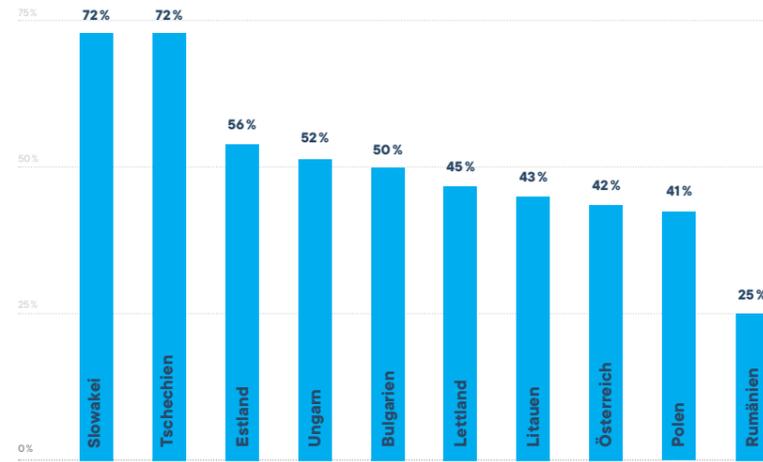
Im 10-Länder-Ranking liegt Österreich damit an achter Stelle, nur in Rumänien und Polen geben dies weniger Befragte an. In sechs Befragungsländern werden MigrantInnen teils deutlich stärker als Bedrohung empfunden. Dies ist insofern interessant, als Österreich im Ländervergleich von der Migrationsherausforderung ab dem Jahr 2015 in deutlich höherem Maße betroffen war.⁶

Wie werden MigrantInnen im politischen Diskurs dargestellt?

Vier von zehn Befragten glauben, dass „MigrantInnen in unserer Gesellschaft bevorzugt werden“. Diese Wahrnehmung ist kein neues Phänomen, sondern kann schon bei früheren Flucht- und Migrationsbewegungen nach Österreich beobachtet werden. Bereits in den 1990er Jahren, als im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens viele Menschen nach Österreich flüchteten, wurde dies besonders bei einkommensschwachen sozialen Gruppen als Bedrohung empfunden. Diese Sorgen wurden von der Freiheitlichen Partei unter Jörg Haider weiter verstärkt.

Die aktuellen Umfragedaten können jedoch klar auf die Entwicklungen seit 2015 zurückgeführt werden: Österreich zählt im EU-Vergleich zu jenen Ländern, die – pro Kopf – die meisten Geflüchteten aufgenommen haben. Anfangs stieß dies in der öffentlichen Meinung auf durchaus positives Echo. Dieses

„MigrantInnen sind eine Bedrohung für die Identität und Werte unseres Landes“



Erstinstanzliche positive Entscheidungen Asylansuchen 2015–2019

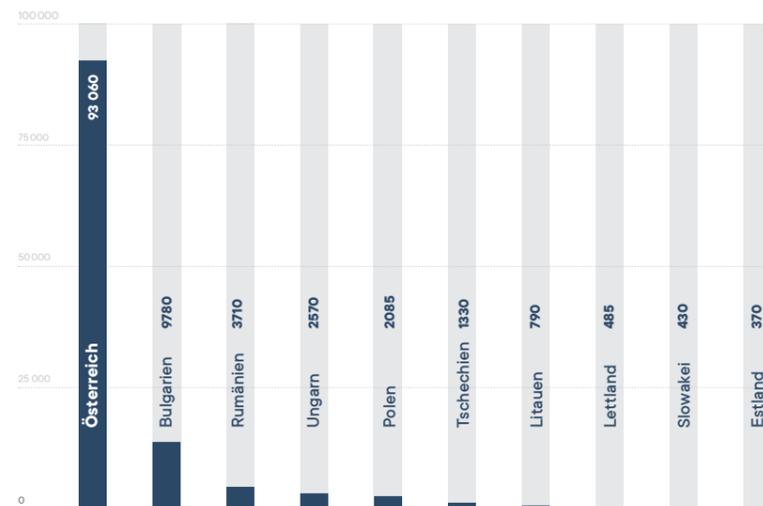


Bild änderte sich jedoch mit dem Eindruck eines unkontrollierten Zustroms und Zweifeln, dass die österreichische Gesellschaft die Aufnahme einer großen Zahl von meist aus muslimischen Ländern stammenden Menschen verkraften könne.

Seit Dezember 2017 ist die österreichische Regierungslinie von einem migrations-skeptischen Ansatz geprägt. Dies gilt auch weiterhin – ungeachtet der Regierungsbeteiligung der Grünen seit Anfang 2020. Asylsuchende fungieren im politischen Diskurs weniger als Geflüchtete, denn als WirtschaftsmigrantInnen, was auch auf das öffentliche Meinungsbild wirkt. Die Haltung der ÖsterreicherInnen in dieser Frage wird nicht zuletzt von den Boulevardmedien beeinflusst, die Freiheitliche Partei sowie rechtsgerichtete Social Media-Plattformen verbreiten nicht selten Meldungen über angebliche Bevorzugung von AsylwerberInnen – etwa beim Bezug von Sozialleistungen, Wohnungssuche oder der Behauptung, dass ihnen gratis Mobiltelefone zur Verfügung gestellt wurden.

Die Vereinigten Staaten und der „Westen“ als Bedrohung für Österreichs Werte und Identität?

Die **Vereinigten Staaten von Amerika** werden von 36 Prozent der ÖsterreicherInnen als Gefahr für Werte und Identität eingestuft, 59 Prozent sehen keine solche Bedrohung.

24 Prozent der Befragten sehen „**westliche Kulturkreise und ihre Lebensweise**“ als

Befragte in Ungarn (21 Prozent) und Polen (12 Prozent) sehen die USA in wesentlich geringerem Ausmaß als Bedrohung für Werte und Identität. SlowakInnen (53 Prozent) und BulgarInnen (43 Prozent) nehmen hingegen in diesem Ranking die Top-Positionen ein – gefolgt von Österreich.

Die Slowakei (50 Prozent) und Bulgarien (34 Prozent) sind auch jene Länder, die den westlichen Einfluss auf die heimischen Werte und Identität mit der größten Sorge beobachten. In den anderen Ländern sind die entsprechenden Zahlen deutlich geringer.

Gefahr für die heimische Identität an, 73 Prozent teilen diese Meinung nicht.

Diese Wahrnehmung ist teils historisch bedingt. In der Nachkriegszeit sah sich Österreich zwar immer als Teil des Westens, jedoch auch als neutrales Land in Äquidistanz zu den USA und der Sowjetunion.

Die US-Kultur war und ist in Österreich sehr populär. Dennoch wird ihre Allgegenwart – besonders bei älteren Menschen – weniger als Bereicherung, denn als Bedrohung heimischer Traditionen empfunden. Dies gilt auch für die große Menge an Anglizismen und Amerikanismen, die Eingang in die deutsche Sprache gefunden haben. Im linken politischen Spektrum ist Skepsis gegenüber den Vereinigten Staaten oder „Anti-Amerikanismus“ vor allem aufgrund der globalen Ambitionen der USA seit langem verbreitet. Nicht zuletzt hat jedoch das Image der Vereinigten Staaten durch die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten großen Schaden erlitten.

Die Debatte, ob Österreichs Identität durch die westliche Lebensweise an sich bedroht würde, wurde in den letzten Jahren wiederum von der Freiheitlichen Partei forciert, die an allzu liberalen und „dekadenten“ Tendenzen in Gesellschaft und Kultur Anstoß nahm. Als Gegenmodell wurden die Länder der Visegrád-Gruppe sowie auch Russland ins Spiel gebracht, was sogar zur Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrags mit „Einiges Russland“, der Partei des russischen Präsidenten, Vladimir Putin, führte.

Dass „**Menschen mit anderer sexueller Orientierung**“ die heimische Identität und Werte bedrohen, geben in Österreich schließlich nur 4 Prozent der Befragten an.

In allen anderen Befragungsländern liegen die entsprechenden Werte deutlich höher: Am stärksten verbreitet ist diese Ansicht in der Slowakei (39 Prozent), Bulgarien (36 Prozent) und Estland (35 Prozent), vergleichsweise gering ausgeprägt ist sie in Tschechien mit 12 Prozent.

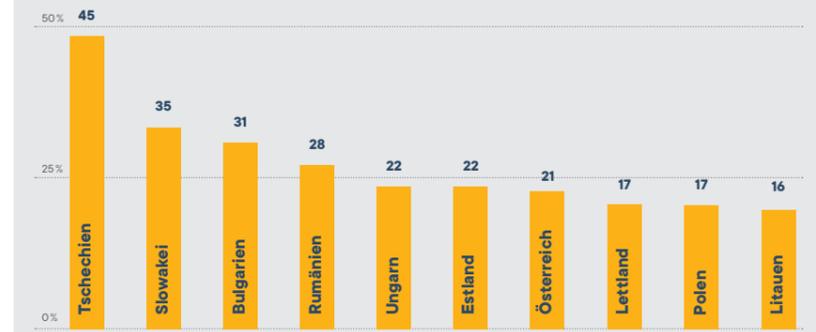
Wahrnehmung der Europäischen Union

Für 21 Prozent der ÖsterreicherInnen bedeutet die **Europäische Union** eine Gefährdung der heimischen Identität und Werte, 74 Prozent empfinden dies nicht so.

Das Verhältnis der ÖsterreicherInnen und Österreicher zur Europäischen Union ist von Ambivalenz geprägt. Seit dem Beitritt Österreichs zur Union im Jahr 1995 spricht sich eine konstante Mehrheit für die EU-Mitgliedschaft aus. Dennoch wird der Integrationsprozess auch mit Sorge betrachtet. Dies wird nicht zuletzt von Politik und Boulevardmedien verstärkt, die dazu tendieren, die EU als Sündenbock und kompliziertes bürokratisches Konstrukt darzustellen, in dem besonders kleine Mitgliedstaaten nichts zu sagen haben und Entscheidungen getroffen werden, die den heimischen Interessen zuwiderlaufen. Nicht zuletzt wird die EU vielfach nicht als Schutz vor der Globalisierung empfunden, sondern – ganz im Gegenteil – als deren Motor. Die Flucht- und Migrationsbewegungen nach Europa haben diesen Sorgen weitere Nahrung gegeben.

⁶ https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=migr_asydcfst&lang=en

„Die Europäische Union ist eine Bedrohung für die Identität und Werte unseres Landes“



Verschwörungstheorien und Desinformation

Fehlendes Vertrauen, ungenügende Transparenz und Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation sind ein idealer Nährboden für Verschwörungstheorien und machen anfällig für Desinformation.

43 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, „**Die EU und Brüssel diktiert Österreich, was zu tun ist, ohne dass Österreich eine Chance hat, dies zu beeinflussen**“ (12 Prozent: „stimme sehr zu“ | 31 Prozent: „stimme eher zu“). Etwas mehr als die Hälfte der Befragten kann sich diesem Urteil nicht anschließen und widerspricht (28 Prozent: „stimme eher nicht zu“ | 26 Prozent: „stimme gar nicht zu“).

Vier von zehn ÖsterreicherInnen glauben, dass „**die österreichische Gesellschaft eine langsame und geheime Islamisierung erfährt**“ – 17 Prozent sind davon sehr überzeugt, 24 Prozent eher. Eine gegenteilige Meinung vertreten insgesamt 54 Prozent: 28 Prozent glauben „eher nicht“ an eine solche Entwicklung, 26 Prozent „gar nicht“.

Diese beiden Theorien haben deutlich mehr AnhängerInnen als andere, die im Rahmen des Projekts abgefragt wurden. Einer der Gründe dafür liegt darin, dass sie tatsächlich Teil des täglichen politischen Diskurses sind.

„Die österreichische Gesellschaft erfährt eine langsame und schleichende Islamisierung“

Das Thema einer Islamisierung der österreichischen (und europäischen) Gesellschaft wird im Besonderen von der FPÖ forciert.⁷ So warnen die Freiheitlichen, dass die angestammte einheimische Bevölkerung und der christliche Glaube in Österreich bald in der Minderheit sein könnten. Obwohl in aktuellen Umfragen nur 15 Prozent der FPÖ ihre Stimme geben würden,

ist die Zahl jener, für die eine Islamisierung der Gesellschaft ein realistisches Szenario ist, deutlich höher. Einer Prüfung hält dies jedoch nicht stand, obwohl zu bemerken ist, dass sich die Zahl der MuslimInnen in Österreich von 2001 bis 2016 von vier auf acht Prozent verdoppelt hat.⁸

Im Zuge der Flüchtlings- und Migrationsbewegung im Jahr 2015 kamen vor allem Menschen muslimischen Glaubens nach Österreich, teilweise aus Regionen mit sehr konservativen und gesellschaftlichen Ansichten (etwa Afghanistan), was u. a. die Gleichstellung von Mann und Frau oder die Position der Religion in der Gesellschaft betrifft.

Sorgen vor einer Islamisierung sind stärker in ländlichen Regionen anzutreffen, wobei der Anteil von MuslimInnen und Asylsuchenden gerade dort verhältnismäßig gering ist. VerfechterInnen der Islamisierungsverschwörungstheorie fürchten, dass MuslimInnen von manchen politischen Parteien bevorzugt werden, um sie als potentielle WählerInnen zu gewinnen. Nicht zuletzt seit den Terroranschlägen der letzten Jahre, die mit islamistischem Hintergrund ausgeübt wurden, werden in der öffentlichen Diskussion Begriffe wie „Islam“ und „Islamismus“ gerne vertauscht und MuslimInnen unter Generalverdacht gestellt.

In jüngster Zeit konzentrierte sich die öffentliche Debatte verstärkt auf das Thema „Islam“, den „Kampf gegen den politischen Islam“ im Besonderen sowie Versäumnisse bei der Integration. Hierbei nahm die Politik auch auf Symbolpolitik Zugriff: Im Herbst 2019 verabschiedete das österreichische Parlament ein Kopftuchverbot für Mädchen in der Volksschule, eine Ausweitung auf Lehrerinnen im öffentlichen Bildungsbereich war im Gespräch. Im Regierungsprogramm findet sich die Idee einer „Sicherungshaft“ wieder, wobei dies in der allgemeinen Interpretation in erster Linie auf VertreterInnen des radikalen politischen Islam gerichtet ist. All dies führte zu einer

Überrepräsentation des Themas „Islam“ in der gesellschaftlichen Debatte als eines der dringendsten heimischen „Probleme“, was sich auch im öffentlichen Meinungsbild niederschlug.

Andere Verschwörungstheorien sind in der österreichischen Bevölkerung weit weniger verbreitet: So unterstützen insgesamt 22 Prozent der Befragten die Ansicht, dass „**das Weltgeschehen nicht von gewählten Regierungschefs entschieden wird, sondern von geheimen Gruppen, die auf die Errichtung einer totalitären Weltordnung abzielen**“ (7 Prozent: „stimme sehr zu“ | 15 Prozent: „eher“). Mehr als zwei Drittel widersprechen ihr jedoch („eher nicht“: 26 Prozent | „gar nicht“: 43 Prozent).

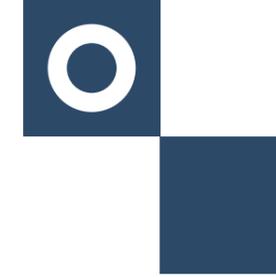
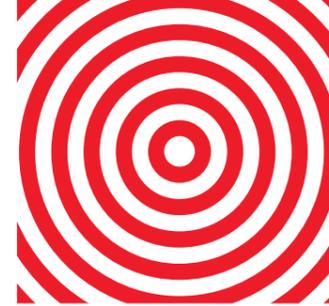
In Österreich findet diese Verschwörungstheorie im 10-Länder-Ranking die wenigsten AnhängerInnen, während sie in der Slowakei mit 60 Prozent am stärksten vertreten wird.

Der Aussage „**Juden haben zu viel Macht und kontrollieren insgeheim Regierungen und Institutionen auf der ganzen Welt**“ stimmen 21 Prozent der Befragten „sehr“ (7 Prozent) oder „eher“ (14 Prozent) zu. Drei von vier Befragten lehnen diese Aussage jedoch ab (25 Prozent „eher“ | 43 Prozent „sehr“).

Auch diese Verschwörungstheorie findet in Österreich im 10-Länder-Vergleich wenig Verbreitung. Einzig in Estland ist die Zahl jener, die daran glauben, mit 16 Prozent noch niedriger. Am stärksten findet sie wiederum in der Slowakei (60 Prozent) und Ungarn (49 Prozent) Gehör.

⁷ <https://www.reuters.com/article/us-austria-immigration/austria-far-right-leader-ramps-up-anti-immigration-rhetoric-before-european-elections-idUSKCN1SBOC2?rpc=401>

⁸ <https://www.diepresse.com/5263601/zahl-der-muslime-in-osterreich-seit-2001-verdoppelt>



Verschwörungstheorien werden mit höherem Alter, niedrigerem formalen Ausbildungsgrad häufiger vertreten. Ebenso von Menschen, die in ländlichen Regionen leben.

Verschwörungstheorien finden sich häufiger in Gruppen, die:

- sich einen starken Führer wünschen,
- bezweifeln, dass es einen Unterschied macht, wer in der Regierung ist,
- unzufrieden sind, wie Demokratie in Österreich funktioniert.



Schlussfolgerungen

Österreich nimmt unter den zehn Befragungsländern in Mittel- und Osteuropa aufgrund der unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg eine Sonderposition ein. Daher ist das Bekenntnis zu einem liberalen demokratischen System vergleichsweise stark. Dennoch sehen viele die Politik nicht frei von externer Einflussnahme und sind davon überzeugt, dass einzelne Gruppen in der Gesellschaft bevorzugt werden.

Das Verhältnis zur Europäischen Union erweist sich als ambivalent: Auch im 25. Jahr der österreichischen Mitgliedschaft ist die Zahl jener, die glaubt, dass Österreich in der EU nichts zu sagen hat, beträchtlich.

Die vielfältigen Krisenszenarien und Umbrüche haben in den letzten Jahren zu einem Erstarken populistischer Kräfte und einer gesellschaftlichen Polarisierung geführt – eine Tendenz, die weiterhin anhält: 5 Jahre nach dem Beginn der Flucht- und Migrationsherausforderung ist das Thema in Österreich weiter stark emotional besetzt.

Verschwörungstheorien und Desinformation fallen auch in Österreich auf fruchtbaren Boden, wenn auch in geringerem Maße als in anderen Befragungsländern, wobei sich einzelne Bevölkerungsgruppen als anfälliger erweisen.

Die Politik muss auf diese Tendenzen offensiv reagieren und den Dialog suchen. Eine starke Zivilgesellschaft ist hierbei ein unverzichtbarer Partner.



AutorInnen

Paul Schmidt, Stefan Schaller, Susan Milford-Faber

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Mehr Informationen sind in der englischsprachigen Gesamtanalyse **“Voices of Central and Eastern Europe”** zu finden.

Die vorliegende Publikation wurde durch die finanzielle Unterstützung des National Endowment for Democracy im Rahmen des Projekts **“Strengthening Public Diplomacy in Central Europe”** realisiert und von GLOBSEC umgesetzt.

© Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, 2020

www.oegfe.at
europa@oegfe.at

GLOBSEC und das National Endowment for Democracy übernehmen weder Verantwortung für Fakten und Meinungen, die in dieser Publikation zum Ausdruck kommen, noch für deren spätere Verwendung. Die volle Verantwortung hierfür liegt bei den AutorInnen dieser Publikation.

www.globsec.org

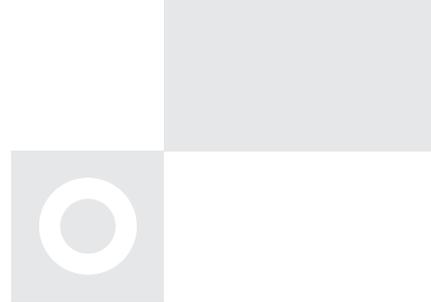


Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik



Original creative concept





▶ Polus Tower II
Vajnorská 100/B
831 04 Bratislava
Slovak Republic



▶ +421 2 321 378 00
▶ info@globsec.org
▶ www.globsec.org